**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund

**Band:** 65 (1973)

**Heft:** 6

**Artikel:** 1. Mai 1973

**Autor:** Canonica, Ezio

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-354604

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 13.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Heft 6
Juni 1973
65. Jahrgang

# Gewerkschaftliche Rundschau

Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Zweimonatliche Beilage: «Bildungsarbeit»

## 1. Mai 1973

*Ezio Canonica*

Nachdem Auszüge aus dem Mai-Referat des neuen SGB-Präsidenten in verschiedenen Tages- und Gewerkschaftszeitungen erschienen sind, benützt die «Gewerkschaftliche Rundschau» die Gelegenheit, um den Text der prägnanten und grundsätzlichen 1.-Mai-Ansprache von Nationalrat Ezio Canonica vollumfänglich zu publizieren.

Es ist mir eine Freude, hier am Weltfeiertag der Arbeit zu den Basler Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zu sprechen. Zum erstenmal spreche ich in dem neuen Amt, in das ich vor ein paar Wochen gewählt worden bin, nämlich als Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, an einem 1. Mai. Mein erstes Wort ist ein herzlicher Gruss an die Arbeitnehmer dieser Stadt: an die schweizerischen, aber auch an die ausländischen, die Italiener, Spanier, Griechen, Türken. An die Italiener werde ich nachher noch ein Wort in ihrer Muttersprache richten, die auch meine Muttersprache ist; das soll gewissermassen stellvertretend geschehen: nämlich als Grusswort und Ausdruck der Solidarität mit allen Arbeitnehmern, die aus anderen Ländern, mit einer anderen Sprache und vielleicht mit einem anderen Temperament hieher gekommen sind, um hier mit den schweizerischen Kollegen am Arbeitsprozess teilzunehmen.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Basel, 1. Mai: Es ist mir bewusst, dass das Stichworte sind, mit denen sich vielerlei Erinnerungen und Hoffnungen verbinden. Die Hoffnungen, die unsere Kolleginnen und Kollegen im ganzen Land auf die neue Spitze des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes richten, versuchen meine Kollegen und ich nicht zu enttäuschen. Es ist uns bewusst, dass dies einen grossen Einsatz von uns fordert. Es ist uns aber auch bewusst, dass Gewerkschaftspolitik niemals nur von der Spitze des Gewerkschaftsbundes gemacht werden kann, sondern nur im ständigen Dia-

log zwischen der Spitze und der Basis. Um einen möglichst lebendigen Dialog bitten wir alle Mitglieder, also zum Beispiel auch unsere Kolleginnen und Kollegen hier in Basel.
Basel ist für mich, seit ich bewusst lebe, immer ein Begriff für Universalität gewesen. Die Universalität ergibt sich aus der geographischen Lage am Berührungspunkt dreier Länder, und sie ergibt sich aus einer alten geistigen Tradition, die durch Humanisten und Naturforscher geprägt ist. Sie lebt fort in der modernen Wirtschaft. Früher und prononcierter als anderswo haben hier wirtschaftliche Unternehmen die Landesgrenzen überschritten und das eingeleitet, was wir heute die «Supranationalität» der Konzerne nennen. Früher und prononcierter als anderswo in der Schweiz haben sich hier die Solidarität und der Kampfeswille der Arbeitnehmer artikuliert. Ich erinnere an den Internationalen Sozialistenkongress von 1869 und an die grosse sozialistische Friedensdemonstration von 1912, als sich Arbeiterführer aus ganz Europa trafen und das Basler Münster durch rote Fahnen geschmückt war, wie sonst nie in seiner Geschichte; Louis Aragon hat diesem Kongress in seinem Roman «Die Glocken von Basel» ein literarisches Denkmal gesetzt.
Basel als Stadt des universellen Humanismus und als Treffpunkt der internationalen Arbeiterbewegung in ihrer heroischen Frühzeit hat so gewiss ein traditionelles Verständnis dafür, dass der 1. Mai ein Tag der internationalen Solidarität der Arbeiterbewegung ist. Er war es in einer Zeit des Kampfes, als sich die Arbeiter der ausbeuterischen und kriegstreibenden Praktiken der Unternehmer erwehren mussten. Er ist es aber bis heute geblieben. Die Tatsache, dass der 1. Mai heute – auch in Basel – ein anerkannter Feiertag ist, kann uns in mancher Hinsicht mit Befriedigung erfüllen. Diese Tatsache darf uns aber nicht von der Besinnung abhalten.
Und zur Besinnung gibt es heute vielerlei Gründe, national und international. Der 1. Mai spiegelt uns wie in einem Brennglas Licht und Schatten der Entwicklung. Zu den Lichtseiten der Entwicklung gehört heute international die Tatsache, dass es in Vietnam nach langen zerstörerischen Kämpfen doch zu einem Waffenstillstand gekommen ist. Dieser Waffenstillstand ist noch unvollkommen, und er wird täglich gebrochen; aber eine schreckliche Entwicklung hat doch wohl ihren Kulminationspunkt überschritten. Zu den Lichtseiten gehört international auch die fortschreitende Entspannung unter den Völkern und Mächten der Welt, einschliesslich der Volksrepublik China, gehört die fortschreitende integrierende Zusammenarbeit unter den Staaten Europas, die alte Fronten und Wunden – etwa zwischen Frankreich und Deutschland, zwischen Deutschland und Polen – überwunden hat.
Zu den Schattenseiten der Entwicklung gehört international die Tatsache, dass immer noch viele Völker nicht frei sind, nicht frei ihre Regierungen wählen können, sondern unter Diktaturen leiden.

Dass dazu Völker gehören, deren Beitrag an die Geschichte der Demokratie und an die Kultur nicht wegzudenken ist, wie Griechenland oder Spanien, das ist für uns besonders schmerzlich.
Wenn wir auf die Zustände in unserem Land blicken, gehört zu den Lichtseiten ohne Zweifel, dass es uns im grossen und ganzen gut geht, dass die Wirtschaft Konjunktur hat, dass keine Arbeitslosigkeit und kein Hunger drohen, dass unsere sozialen Errungenschaften – wie vor allem die AHV – ausgebaut werden.
Aber die Schattenseiten lassen sich nicht übersehen, und sie sind zum Teil mit der positiven konjunkturellen Entwicklung eng verbunden. Die Konzentration in der Wirtschaft hat Arbeitsplätze unsicher gemacht, und wenn es auch selten vorkommt, dass ein Arbeitnehmer keine neue Stelle findet, so stellen sich durch Betriebsschliessungen, Produktionsverlagerungen und Rationalisierungen doch immer wieder ernsthafte menschliche Probleme. Trotz des Ausbaus der AHV sind unsere betagten Mitbürger noch immer nicht ausreichend gesichert. Die Bildungsartikel, die auch zur beruflichen Weiterbildung und Umschulung eine gute Grundlage gewesen wären und so dem Arbeitnehmer mehr Sicherheit gegenüber der sprunghaften technologischen Entwicklung geboten hätten, konnten leider nicht in unsere Bundesverfassung aufgenommen werden. Die vor uns liegende Abstimmung über die konfessionellen Ausnahmeartikel hat alte Emotionen aufgerührt, die man überwunden glaubte, und die die grundsätzlichen Fragen der Glaubens- und Gewissensfreiheit und der Weiterentwicklung der Menschenrechte zu überdecken drohen; es sind aber gerade diese grundsätzlichen Fragen, die den Schweizerischen Gewerkschaftsbund veranlasst haben, zur Abstimmung vom 20. Mai die Ja-Parole auszugeben.
Zu den Schattenseiten gehören auch die fortdauernden Aeusserungen von mangelnder Solidarität gegenüber unseren Kollegen, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind. Die mangelnde Solidarität schlägt allzuleicht in Fremdenhass über. Diese Gefahr mag heute in den hauptstädtischen Agglomerationen etwas weniger akut sein als vor ein paar Jahren; denn da sind Mieter-, Verkehrs- und Umweltprobleme in den Vordergrund gerückt. Gebannt ist der Fremdenhass aber noch nicht; das haben zum Beispiel die letzten Wahlen im Kanton Aargau gezeigt. Für uns als Gewerkschafter ist diese Erscheinung besonders bedrückend, weil sie der Internationalität der Arbeiterbewegung widerspricht – und vielleicht zum Teil auch deshalb, weil sie uns an eigene Versäumnisse erinnert.
Was wir hinter den Aeusserungen von Fremdenhass zu erkennen glauben, ist etwas noch sehr viel Grundsätzlicheres: nämlich Angst vor der Zukunft. Der wirtschaftliche und technische Fortschritt, der für uns während Jahrzehnten ein Element der Hoffnung und Zuversicht bedeutete, ist heute für viele zum Alptraum geworden. Diese Zukunftsangst kann sich in Misstrauen gegenüber unseren ausländi-

schen Kollegen äussern und in der Abwehr neuer technischer Verfahren, die vielleicht eine Umschulung nötig machen. Diese Zukunftsangst nährt das Misstrauen gegenüber der jungen Generation, die doch unsere Hoffnung sein sollte und könnte, und das Misstrauen gegenüber den gewählten Repräsentanten: in der Regierung, im Parlament – vielleicht auch an der Spitze der Gewerkschaften. Es wäre unverantwortlich, diese Zukunftsangst, die heute in unserem Volk und gerade in unserer Arbeiterschaft vorhanden ist, nicht ernst zu nehmen. Wir Gewerkschafter wären blind, wenn wir uns nicht Gedanken darüber machen würden, wie wir mithelfen können, diese Zukunftsangst zu überwinden.

Zwei Problemkreise drängen sich da auf, die ich als fundamentale Aufgaben für die Gewerkschftsbewegung in dieser Zeit empfinde. Zum einen geht es darum, alles zu tun, um die Wirtschaft – und das heisst für uns: die Arbeitswelt jedes einzelnen von uns – zu vermenschlichen. Und es geht gleichzeitig darum, für eine wirksame Kontrolle der immer bedeutender werdenden Tätigkeit der multinationalen Konzerne zu kämpfen. Dabei bestehen zwischen diesen beiden Zielen heutiger Gewerkschaftsarbeit unlösbare Zusammenhänge. Auf einen Nenner gebracht: Es geht darum, eine Wirtschaftsordnung zu erstreben und Schritt für Schritt zu verwirklichen, die nicht mehr nur nach dem Güterhaufen, den sie produziert, bewertet werden soll, sondern nach der Qualität des individuellen und gesellschaftlichen Lebens, die sie den eigentlichen Produzenten – den Arbeitnehmern – bietet.

Wir wissen es: Die jüngsten Jahrzehnte sind gekennzeichnet durch einen Wettlauf der Nationen um wirtschaftliches Wachstum, um immer noch bessere Wachstumsraten, noch höhere Produktionsleistungen, einen noch höheren Lebensstandard. Die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts wurde zum Prestigeobjekt in der internationalen Wirtschaftsolympiade.

Die positiven Folgen lassen sich nicht bestreiten: Die Versorgung aller Bevölkerungskreise mit Konsumgütern aller Art ist besser, der wirtschaftliche Aktionsradius des einzelnen Arbeitnehmers grösser geworden. Das Realeinkommen der Arbeiter in unserem Land hat sich seit 1945 mehr als verdoppelt.

Aber: Lebt der Arbeiter heute doppelt so gut? Ist er heute doppelt so glücklich wie vor 25 Jahren? Fühlt er sich in der Wirtschaftsordnung von heute doppelt so wohl? Eben nicht. Die Zukunftsangst, von der ich gesprochen habe, konnte durch diese Entwicklung nicht gebannt werden; sie ist im Gegenteil durch das fulminante wirtschaftliche Wachstum zum Teil erst erzeugt worden. Die rein arithmetische Verbesserung des Lebensstandards hat sich als fragwürdig erwiesen.

Denn gleichzeitig haben auch jene Faktoren an Gewicht gewonnen, die das Leben belasten und erschweren. Die Verschmutzung von

Luft und Gewässern beeinträchtigt mehr und mehr die natürlichen Voraussetzungen menschlichen Lebens. Der Zusammenbruch des privaten Verkehrs und das Ungenügen des öffentlichen Verkehrs machen für Hunderttausende den täglichen Weg zur Arbeit, aber auch den Weg in die Erholungsräume immer mehr zum Alptraum. Die Zerstörung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens unserer Städte, die Umwandlung ganzer Quartiere von Wohnzonen in Verwaltungs- und Geschäftszentren, ist bedrohlich geworden. Die Innenstädte veröden; die Menschen werden gezwungen, sich immer weiter weg von ihrem Arbeitsplatz in «Wohnfabriken» niederzulassen. Deren Planung geschieht mit technischem und kommerziellem Sachverstand; doch die sozialen Bedürfnisse des Menschen kümmern den Bauherrn herzlich wenig, solange seine Kasse stimmt. Während die private Wirtschaft Milliardengewinne auf Milliardengewinne türmen konnte, fehlen dem Staat die Mittel, um öffentliche Aufgaben zufriedenstellend zu erfüllen. Der Ausbau der Sozialleistungen, die Sanierung des öffentlichen Verkehrs, die Reform des Gesundheitswesens, die Reform unseres Schulwesens im Sinn einer Verbesserung und Vereinheitlichung, die Ausgestaltung von Erholungszonen, die Förderung der Kultur im weitesten Sinn: all das kommt nur schleppend voran oder lässt ganz auf sich warten.

So werden die Rahmenbedingungen individuellen und gesellschaftlichen Lebens immer schlechter. Arbeitswelt und Umwelt werden mehr und mehr als bedrohlich empfunden, die Zukunft als Alptraum erfahren. Die Entfremdung ist gross geworden. Der Wachstumsfetischismus der Wirtschaft hat dazu geführt, dass wirtschaftsfeindliche Parolen immer mehr Resonanz finden. Und nur daher ist es zu erklären, dass es Schwarzenbach und seiner faschistischen Bewegung gelungen ist, die ausländischen Arbeitnehmer zu Prügelknaben zu stempeln – eine perfide Lüge, die aber vorläufig noch von den Illusionen derer lebt, die an sie glauben. Und neue Prügelknaben werden sich nach Bedarf finden lassen; schon sieht es so aus, als sollten die Postbeamten – die für den Personalmangel bei der PTT am allerwenigsten verantwortlich sind – zu neuen Prügelknaben der Nation werden.

Die Gewerkschaften können weder eine Wachstumseuphorie mitmachen, die allzu oft eine Entfremdung des Menschen in seiner Arbeitswelt und Umwelt mit sich bringt, noch können sie in eine Wirtschaftsfeindlichkeit verfallen, die allzu leicht zum ökonomischen Nihilismus wird. Den Gewerkschaften muss es um eine Vermenschlichung von Arbeitswelt und Umwelt gehen. Im Blick auf dieses Ziel haben sie die Mitbestimmungsinitiative gestartet. Sie verlangen damit, dass der Faktor Kapital auf seinen Alleinbestimmungsanspruch in den Betrieben und Unternehmungen verzichtet und die Entscheidung mit dem Faktor Arbeit teilt. Denn durch die Arbeit ermöglichen die Arbeiter ja überhaupt erst die Bildung von

Kapital (insofern – das ist beizufügen – Kapital nicht nur durch Spekulation und internationale Schiebung entsteht).
Mitbestimmung ist für uns unabdingbare Voraussetzung echter Sozialpartnerschaft. Wer die Mitbestimmung ablehnt, hat kein Recht, sich bei anderer Gelegenheit auf die Sozialpartnerschaft zu berufen. Denn Partnerschaft – sofern dieses Wort einen Sinn haben soll – entsteht aus dem Dialog mündiger Partner. Und Mitbestimmung ist für uns das Gesetz, nachdem die Arbeitnehmer als mündige Partner an der Weiterentwicklung des Wirtschaftsgeschehens teilnehmen können. Mitbestimmung heisst nicht, dass die Arbeitnehmer das Wirtschaftswachstum blockieren wollen. Aber Mitbestimmung heisst, dass die Arbeitnehmer dazu beitragen wollen, die Akzente des zukünftigen Wirtschaftswachstums in qualitativer und quantitativer Hinsicht neu zu setzen. Und zwar auf eine Art und Weise neu zu setzen, welche die wachsende Entfremdung überwindet.
Geradezu lächerlich sind jene Unkenrufe, die im Zusammenhang mit der Mitbestimmung von wirtschaftlichem Zusammenbruch faseln. Die politische Demokratie ist bei uns nie die Staatsform des Bankrotts gewesen, und sie wird es nie sein. Genau so wenig wird die Mitbestimmung als Wirtschaftsdemokratie zu einem wirtschaftlichen Chaos führen. Die Arbeitnehmer, an deren politischer Mündigkeit heute niemand mehr zweifelt, werden sich die wirtschaftliche Mündigkeit nicht mehr länger vorenthalten lassen.
Und Mitbestimmung als wirtschaftliche Demokratie kann sich nicht in Problemen der Arbeitsplatzgestaltung und der Fürsorge erschöpfen. Es geht um die Mitentscheidung bei Problemen, welche die Arbeitnehmer eines Unternehmens – und das heisst oft auch: eines Ortes oder gar einer Region – in ihrer Lebensgestaltung betreffen: Betriebsschliessungen, Produktionsverlagerungen, Konzentrationen, Anlagepolitik und Verwendung von Gewinnen. In diesen Kernfragen der Mitbestimmung ist der Stand in der Schweiz unbefriedigend, unterentwickelt. Wir müssen es dabei auch ablehnen, wenn Unternehmen, denen es selbstverständlich ist, in ihrem Verwaltungsrat zum Beispiel Bankdirektoren zu führen, die nicht Betriebsangehörige sind, von Arbeiterseite nur Betriebsangehörige, aber keine Gewerkschaftsvertreter von ausserhalb des Betriebes akzeptieren wollen. Mitbestimmung kann nur funktionieren, wenn die Vertreter der Arbeitnehmer die gleiche Unabhängigkeit und den gleichen Informationsstand besitzen wie die Vertreter des Kapitals. Alles andere ist – wie die Sozialethischen Institute der Universität Zürich und des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes bemerken – «politisch unrealistisch und ethisch unsachgemäss».
Wenn wir den Arbeitnehmer als mündigen Menschen und demokratischen Teilhaber am Wirtschaftsgeschehen ernst nehmen, ist ein weiteres bedeutsames Problem die Frage der Einkommensvertei-

lung. Wie wird das Bruttosozialprodukt auf die Empfänger von Arbeitseinkommen einerseits und die Empfänger von Kapitaleinkommen andererseits verteilt? Trotz beachtlicher Erfolge der gewerkschaftlichen Lohnpolitik hat sich die Einkommensverteilung in den vergangenen zwanzig Jahren kaum verändert. Denn in einer Periode eines fast dauernden Nachfrageüberhangs war es den Unternehmern stets möglich, unter Berufung auf die Lohnerhöhungen auch Preiserhöhungen vorzunehmen und damit den korrigierenden Einfluss der gewerkschaftlichen Lohnpolitik auf die Einkommensverteilung immer wieder zu neutralisieren.

Wenn von Seite der Linken (und ganz besonders von der jungen Generation) unser Wirtschaftssystem als Ausbeutersystem angeprangert wird, pflegt man auf steigende Löhne und auf die von den Gewerkschaften erkämpfte Verminderung der Arbeitszeit hinzuweisen. Ob das denn Ausbeutung sei? Zu antworten ist darauf, dass es eben nicht nur eine Ausbeutung des Arbeiters in unserer Industrie gibt, der in der Regel ein Produkt veredelt, sondern auch eine Ausbeutung des Produzenten der Rohprodukte (also zum Beispiel des Baumwoll- oder Bananenpflückers in der Dritten Welt) und eine Ausbeutung des Konsumenten. Wenn höhere Löhne zu höheren Preisen führen, verlagert sich die Ausbeutung ganz einfach vom Arbeitnehmer auf den Konsumenten – und das ist der gleiche Mensch. Seine Sorgen, sein Gefühl der Machtlosigkeit, sein Ausgeliefert-Sein und damit seine Unmündigkeit werden dadurch nicht geringer.

Nicht umsonst werden darum in verschiedenen europäischen Ländern, so etwa in der Bundesrepublik Deutschland und in den skandinavischen Staaten, Pläne zu einer Politik der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand beraten. Die Gewinnabgabe in Form von Aktien oder anderen Beteiligungspapieren wird diskutiert. Welche Form im einzelnen Fall zu bevorzugen ist, richtet sich nach Grösse und Organisationsform des Unternehmens. Zum Beispiel verlangen die Renault-Arbeiter in Frankreich Mitbestimmung plus Gewinnbeteiligung, aber keine Beteiligung am Eigentum; denn die Renault-Werke gehören dem französischen Staat, und daran wollen die Arbeiter nichts ändern. Bei Privatunternehmen hingegen treten Projekte in den Vordergrund, die den Arbeitnehmer am Produktionsvermögen beteiligen. Die schweizerischen Gewerkschaften werden sich mit allen diesen Projekten und Lösungen eingehend auseinandersetzen.

Zudem sind wir der Auffassung, dass eine zugriffigere Besteuerung der Unternehmungsgewinne dringend nötig ist: das heisst eine höhere Besteuerung der Kapitaleinkommen wie eine höhere Besteuerung der hochdotierten Arbeitseinkommen von Spitzenfunktionären der Wirtschaft. Bestrebungen in dieser Hinsicht laufen in einigen Kantonen unter dem Stichwort «Reichtumssteuer», und im

Kanton Basel-Land hat die Sozialdemokratische Partei mit einer solchen Vorlage Erfolg gehabt. Dass schliesslich nur eine gesamtschweizerische Regelung die beabsichtigte Wirkung haben kann, ist uns klar. Aber die Kantone, die vorangehen, leisten wertvolle Pionierdienste.

Von den Gegnern solcher Bestrebungen wird allzu gern das Schreckwort «Sozialisierung» an die Wand gemalt. Einerseits ist das wohl gar nicht mehr so sehr ein Schreckwort. Andererseits muss man unterstreichen, dass die Schweiz – zusammen mit Frankreich– gerade auch innerhalb der westlichen Industriestaaten in der steuerlichen Schonung hoher Einkommen bisher einen einsamen Spitzenrekord hält. Nicht nur in den skandinavischen Ländern, sondern ganz besonders auch im Kronland des Kapitalismus, den Vereinigten Staaten von Amerika, werden hohe Einkommen sehr viel mehr besteuert. Und in der wirtschaftlich so erfolgreichen Bundesrepublik Deutschland läuft jetzt eine zusätzliche Belastung hoher Einkommen unter dem Stichwort «Konjunkturabgabe». Die Besteuerung hoher Einkommen im Kanton Basel-Land ist auch mit der eingeführten «Reichtumssteuer» noch wesentlich geringer als in der Bundesrepublik Deutschland mit Konjunkturabgabe, als in den skandinavischen Staaten, geschweige denn in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Neben der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Wirtschaft, in der sie arbeiten, ist die höhere Besteuerung grosser Einkommen unabdingbar: denn nur durch die Steuern kann die Infrastruktur unserer Städte und Regionen so weit verbessert werden, dass sich daraus eine Verbesserung der Lebensqualität unserer Umwelt ergibt. Für den Arbeitnehmer ist beides gleich wichtig: das Gefühl, dass er am Arbeitsplatz als mündiger Mitarbeiter ernstgenommen wird, und die Verbesserung der Lebensqualität der Umwelt, in der er lebt, in der er eine Familie hat und seine Freizeit verbringt.

Es gehört nun aber zu den Erfahrungen unserer Zeit, dass das Gefühl der Ohnmacht des Arbeitnehmers nicht nur an den hier gegebenen Voraussetzungen entsteht, sondern auch aus dem Wissen um die grenzüberschreitende Macht der Wirtschaft. Ich habe das Stichwort «multinationale Konzerne» gebraucht. Es ist eine alte Tatsache, dass das internationale Kapital kein Vaterland kennt.

Seine Heimat ist immer dort, wo die höchsten Profite winken. Auch multinationale Unternehmen sind nicht eine Erfindung unserer Zeit. Neu ist allerdings ihre sprunghaft gestiegene Bedeutung. Einerseits lässt sich diese Entwicklung damit erklären, dass verschiedene Produkte heute derart hohe Forschungs- und Anlagekosten erfordern, dass nur ein Riesenunternehmen in der Lage ist, solche Produkte herzustellen.

Andererseits lässt sich das starke Wachstum multinationaler Konzerne auch damit begründen, dass viele Grossunternehmen aus

Gründen der Risikoverteilung mehr und mehr sich an branchenfremden Unternehmen beteiligen. Der Typus des Mischkonzerns, in dessen Einflussbereich Güter von der Schokolade bis zum Flugzeugtriebwerk fabriziert werden und das auch noch eine Hotelkette kontrolliert, wird immer häufiger.
Für die Gewerkschaften entstehen daraus verschiedene neue Probleme. Produktionen können von Ländern mit hohem Lebensstandard und guten Gesamtarbeitsverträgen in Tieflohnländer, die oft von gewerkschaftsfeindlichen Regimes beherrscht sind, verlagert werden. Kurzfristig können Produktionen aus bestreikten Betrieben und Ländern in einen nicht bestreikten Staat verlagert werden. Das Management von Betrieben, deren Konzernleitung im Ausland sitzt, verfügt nicht über die für Vertragsverhandlungen nötige Autonomie. Und wegen der Verschiedenartigkeit der in einem Konzern hergestellten Produkte stehen oft mehrere Gewerkschaften einer Konzernleitung gegenüber.
Die Gewerkschaften verfügen zwar über internationale Organisationen und Sekretariate, und tatsächlich konnten in den letzten Jahren verschiedene internationale gewerkschaftliche Aktionen gegen multinationale Unternehmen erfolgreich abgeschlossen werden. Aber die Zukunft wird noch eine ganz wesentliche Verbesserung und Vertiefung der internationalen Gewerkschaftsarbeit nötig machen. In dieser Hinsicht muss die Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes als erster Schritt begrüsst werden, dem weitere konkrete Massnahmen folgen werden.
Der 1. Mai ist für uns ein Tag der Besinnung, ganz besonders der Besinnung auf zukünftige Aufgaben. Wenn wir unseren Ausgangspunkt betrachten, kommen wir immer wieder zum Schluss, dass trotz aller Fortschritte unsere Unsicherheit noch gross, unsere soziale Struktur noch schwach ist. Eine Erweiterung der Arbeitslosenversicherung zur Strukturrisikoversicherung und eine Erweiterung der Krankenversicherung im Sinne des Vorschlages von Gewerkschaftsbund und SP würden unsere Ausgangslage verbessern. Die Preis-, Lohn- und Gewinnüberwachung darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmer geschehen, ja, ich muss sagen, dass die Gewerkschaften die Lohnüberwachung nicht für gerechtfertigt ansehen. Denn im Gegensatz zu den Preisen sind die Löhne nie einseitig festgelegt, sondern durch Vertragsverhandlungen, die immer auch die Volkswirtschaft als Ganzes im Auge hatten, ausgehandelt worden. Wenn über die Lohnüberwachung versucht wird, die Verkürzung der Arbeitszeiten oder die Verlängerung der Ferien zu verhindern, dann müssen wir klipp und klar erklären, dass die Gewerkschaften solche Versuche als reaktionäre Willkür betrachten und mit Protest ablehnen.
Die Probleme, von denen ich gesprochen habe, zeigen Wege auf, wie wir über die momentane Standortverbesserung hinaus mehr Mündigkeit für den Arbeitnehmer im Wirtschaftsgeschehen und damit

eine Vermenschlichung der Wirtschaft erkämpfen können. Mitbestimmung und Reichtumssteuer, aber auch die Schaffung besserer gewerkschaftlicher Gegengewichte zur Macht der multinationalen Konzerne haben dieses Ziel: Der Arbeitnehmer soll sich weniger ohnmächtig, weniger ausgeliefert, weniger entfremdet, er soll sich mehr als Mensch fühlen können. Das ist es, was wir als Arbeitnehmer meinen, wenn wir eine Verbesserung der individuellen und gesellschaftlichen Lebensqualität fordern.
Wir sehen als Ziel vor uns eine dynamische, der Ethik menschlicher Selbstverwirklichung verpflichtete Gesellschaft. Eine solche Gesellschaft kann keine Gesellschaft von Mitläufern sein; sie ist auf die Ideen und Taten und die Solidarität aller angewiesen, die an ihr partizipieren.

## Politik und Wirtschaft

*Waldemar Jucker*

Weder Staat noch Markt sind Selbstzwecke. Beide sind Mittel, um den von ihnen versorgten Menschen jene optimalen Lebensverhältnisse zu bieten, die mit dem verfügbaren Produktionspotential realisierbar sind. Von diesem pragmatisch orientierten Ausgangspunkt her gesehen, ist es kaum möglich, eine feststehende Trennungslinie zwischen Staat und privater Wirtschaft zu ziehen. Es sind höchstens temporäre Grenzziehungen möglich, die sich aber weniger aus dogmatischen Ueberlegungen ableiten lassen als von den gesellschaftlich vorgegebenen Zielsetzungen her. Selbst wenn derartige Zielsetzungen oft dogmatisch formuliert zu sein scheinen, sind sie in der Regel doch Reaktionen auf bestehende Situationen, die als krass unteroptimal erkannt oder empfunden werden, d. h. es wird angenommen, eine einfache Extrapolation bestehender Entwicklungslinien sei sinnlos oder führe zu noch weniger erträglichen Verhältnissen. Derartige Trendkorrekturen können sich sowohl gegen bestimmte Ergebnisse der Marktwirtschaft wie gegen Entwicklungen des staatlichen Sektors richten, aber auch gegen Erscheinungen, die von beiden Sektoren gemeinsam verantwortet werden müssen.
Die praktischen Schwierigkeiten bei Trendkorrekturen rühren meist weniger daher, dass man sich über die Identifikation unerwüschter Verhältnisse nicht einigen könnte. In der Negativbeurtei-